

# Inhaltsverzeichnis

<b>A. Die religiös motivierte Knabenbeschneidung als strafrechtliches Problem ...</b>	<b>21</b>
I. Untersuchungsgegenstand und -methoden .....	24
II. Ausgewählte Rechtsprechung zur Knabenbeschneidung .....	26
<b>B. Religiöse und medizinische Hintergründe der Knabenbeschneidung .....</b>	<b>28</b>
I. Geschichtliche Ursprünge der Beschneidung .....	28
II. Religiöse Hintergründe der Beschneidung am Beispiel von Judentum und Islam .....	29
1. Religiöse Ursprünge der Beschneidung .....	29
2. Die Beschneidung im Judentum .....	30
a) Religiöse Bedeutung der Beschneidung .....	30
b) Durchführung des Rituals .....	32
3. Die Beschneidung im Islam .....	33
a) Religiöse Bedeutung der Beschneidung .....	33
b) Durchführung des Rituals .....	35
III. Medizinische Aspekte der Zirkumzision .....	36
1. Die Zirkumzision in der ärztlichen Praxis .....	36
2. Vor- und Nachteile der Zirkumzision .....	38
a) Mögliche Vorteile der Zirkumzision .....	38
aa) Vorbeugende Wirkung gegen Infektionen des Harnsystems ....	38
bb) Geringere Übertragbarkeit von humanen Papillomaviren .....	39
cc) Geringere Übertragbarkeit von Geschlechtskrankheiten .....	41
dd) Vorbeugende Wirkung gegen HIV-Infektionen .....	43
ee) Hygienische Vorteile .....	45
b) Mögliche Nachteile der Zirkumzision .....	46
aa) Mögliche Komplikationen der Zirkumzision .....	46
bb) Allgemeine Komplikationsrate .....	48
cc) Verlust der Vorhaut .....	50
dd) Schmerz .....	50
ee) Risiken der Anästhesie .....	51
c) Ergebnis .....	52
<b>C. Die strafrechtliche Relevanz der religiös motivierten Knabenbeschneidung</b>	<b>55</b>
I. Zugrunde liegende Fallkonstellation .....	55
II. Die Knabenbeschneidung im Lichte der Körperverletzungsdelikte .....	56
1. Strafbarkeitsrisiken des Eingreifenden .....	56

a) Einfache Körperverletzung i. S. d. § 223 I StGB .....	56
aa) Körperliche Misshandlung .....	56
bb) Gesundheitsschädigung .....	59
cc) Teleologische Reduktion des § 223 I StGB? .....	59
b) Gefährliche Körperverletzung i. S. d. § 224 I Nr. 1, Nr. 2 StGB ....	60
c) Fahrlässige Körperverletzung i. S. d. § 229 StGB .....	62
2. Strafbarkeitsrisiken der Eltern .....	63
3. Praktische Konsequenzen .....	63
III. Die Knabenbeschneidung und die Lehre der Sozialadäquanz .....	63
1. Die Knabenbeschneidung auf Grundlage der Lehre der Sozialadäquanz	64
a) Die Lehre der Sozialadäquanz nach Welzel .....	64
b) Die Knabenbeschneidung als sozialadäquate Handlung? .....	65
aa) Der Ansatz von Exner .....	65
bb) Kritische Würdigung .....	67
2. Die Sozialadäquanz im Lichte der modernen Strafrechtslehre .....	69
a) Die Problematik der Lehre der Sozialadäquanz .....	69
b) Der Lösungsansatz nach Roxin .....	70
3. Die Knabenbeschneidung auf Grundlage der objektiven Zurechnung und einer restriktiven Tatbestandsauslegung .....	72
a) Erlaubtes bzw. rechtlich irrelevantes Risiko .....	72
b) Restriktive Tatbestandsauslegung .....	73
IV. Die Knabenbeschneidung und der Streit um den ärztlichen Heileingriff ...	74
1. Die strafrechtliche Problematik ärztlicher Heileingriffe .....	75
a) Keine Tatbestandserfüllung i. S. d. § 223 I StGB .....	75
b) Tatbestandserfüllung i. S. d. § 223 I StGB .....	76
2. Die Beschneidung als ärztlicher Heileingriff? .....	77
a) Die Indikation als zentrales Definitionskriterium des ärztlichen Heileingriffs .....	77
b) Indikation der religiös motivierten Knabenbeschneidung? .....	79
V. Ergebnis .....	80
<b>D. Die Einwilligung in die religiös motivierte Knabenbeschneidung .....</b>	<b>81</b>
I. Grundlagen .....	81
1. Zugrunde liegende Fallkonstellationen .....	81
2. Das Einwilligungserfordernis i. R. d. Körperverletzungsdelikte .....	82
II. Das Rechtsgutsverständnis i. S. d. § 223 StGB .....	83
1. Das Individualrechtsgutsverständnis i. S. d. § 223 StGB als dogmatische und systematische Grundlage der Einwilligung .....	83
a) Der Zusammenhang von Dogmatik und Systematik der Einwilli- gung mit dem zugrunde gelegten Rechtsgutsverständnis .....	83
b) Der Individualgüterschutz im Problemkreis der Rechtsgutstheorie ..	85

c) Das (Individual-)Rechtsgut in Abgrenzung zum Handlungsobjekt . . .	86
2. Das Rechtsgut der Körperverletzungsdelikte . . . . .	87
a) Die unterschiedlichen Modelle von Individualrechtsgütern . . . . .	87
aa) Trennung von Rechtsgut und Dispositionsfreiheit (paternalis-	
tisches Modell) . . . . .	88
bb) Einheit von Rechtsgut und Dispositionsfreiheit (liberales	
Modell) . . . . .	88
cc) Das Basismodell . . . . .	89
b) Diskussion der unterschiedlichen Modelle in Bezug auf das Rechts-	
gut der Körperverletzungsdelikte . . . . .	90
aa) Die zentrale Bedeutung des Selbstbestimmungsrechts . . . . .	90
(1) Integration der Dispositionsfreiheit in das Individualrechts-	
gut . . . . .	90
(2) Die Problematik des Basismodells . . . . .	92
bb) Die körperliche Unversehrtheit als per se schützenswertes Gut?	93
cc) Wortlautargumente i. R. d. Körperverletzungsdelikte . . . . .	94
dd) Ergebnis . . . . .	95
c) Die Rechtsgutsverletzung i. S. d. § 223 StGB am Beispiel der	
Knabenbeschneidung . . . . .	95
aa) Abgrenzung der verschiedenen Aspekte der Dispositionsfreiheit	96
(1) Der tatsächliche Wille . . . . .	97
(2) Die rechtliche Dispositionsbefugnis . . . . .	97
(3) Das körperbezogene Selbstbestimmungsrecht . . . . .	98
(4) Das (allgemeine) Selbstbestimmungsrecht ohne Körper-	
bezug . . . . .	99
bb) Die Rechtsgutsverletzung im Fall der Beschneidung eines	
nicht einwilligungsfähigen Minderjährigen . . . . .	99
(1) Die körperbezogene Selbstbestimmung als Rechtsgut der	
Körperverletzungsdelikte . . . . .	100
(2) Keine Erforderlichkeit der Verletzung des Willens oder der	
Dispositionsbefugnis . . . . .	101
(a) Der Einwand der fehlenden Gleichbehandlung . . . . .	101
(b) Der Einwand des Rückgriffs auf Fiktionen . . . . .	102
(c) Der Einwand des Entstehens von Schutzlücken sowie	
der Aufspaltung des Rechtsguts . . . . .	103
(3) Kein Ausreichen einer Verletzung des Selbstbestimmungs-	
rechts ohne Körperbezug . . . . .	105
3. Der verfassungsrechtliche Hintergrund des liberalen Rechtsguts- und	
Einwilligungsmodells . . . . .	106
4. Ergebnis . . . . .	108
III. Systematische und dogmatische Konsequenzen des liberalen Rechtsguts-	
modells . . . . .	108

1. Die systematische Einordnung der Einwilligung .....	109
a) Unterscheidung zwischen Einverständnis und Einwilligung anhand des Formulierungsstils .....	109
b) Deliktssystematische Aspekte zur Einordnung der Einwilligung ....	110
aa) Die Einwilligung als Rechtfertigungsgrund? .....	110
(1) Theorie der Interessenpreisgabe .....	110
(2) Theorie der Interessenkollision .....	111
(3) Kritische Würdigung dieser Theorien .....	111
bb) Die Einwilligung als Tatbestandsausschlussgrund .....	112
c) Ergebnis .....	113
2. Die Funktionen der Einwilligung .....	114
IV Die Voraussetzungen der Einwilligung .....	115
1. Dispositionsbefugnis .....	115
2. Einwilligungsfähigkeit .....	116
a) Einwilligungsfähigkeit eines Erwachsenen .....	116
b) Einwilligungsfähigkeit eines Minderjährigen .....	117
aa) Die Einwilligungsfähigkeit als Voraussetzung einer wirksamen eigenen Einwilligung .....	117
bb) Beurteilung der Einwilligungsfähigkeit .....	121
(1) Die einzelfallbezogene Beurteilung der Einwilligungs- fähigkeit .....	121
(2) Rechtlicher Rahmen der Einwilligungsfähigkeit .....	122
(a) Die Einsichts- und Urteilsfähigkeit .....	123
(b) Die Problematik der Konkretisierung von Einsichts- und Urteilsfähigkeit .....	124
(c) Konkretisierung der Einsichts- und Urteilsfähigkeit anhand medizinischer Kriterien? .....	124
(aa) Dringlichkeit und Vernünftigkeit des Eingriffs ..	125
(bb) Fehlende Indikation des Eingriffs .....	126
(cc) Zwischenergebnis .....	127
(3) Tatsächliche Ausfüllung der Einwilligungsfähigkeit .....	127
(a) Schwere, Komplexität und Folgen des Eingriffs .....	128
(b) Das Alter des Minderjährigen als Indiz .....	128
(c) Dringlichkeit und Indikation eines Eingriffs .....	129
(d) Zwischenergebnis .....	130
(4) Beurteilung der Einwilligungsfähigkeit durch den Arzt ...	130
cc) Die Fähigkeit zur Einwilligung in die religiös motivierte Zir- kumzision .....	132
(1) Der Einfluss von § 5 KErzG auf das Vorliegen der Einwil- ligungsfähigkeit .....	133

(2) Die Einsichts- und Urteilsfähigkeit des Minderjährigen in Bezug auf die Beschneidung .....	134
3. Freiwilligkeit der Einwilligung .....	135
a) Freiheit von Willensmängeln .....	135
b) Die Irrtumsproblematik .....	136
aa) Das Problem der Rechtsgutsbezogenheit bei täuschungsbedingten Irrtümern .....	137
bb) Die Problematik nicht täuschungsbedingter Irrtümer .....	140
4. Die ärztliche Aufklärungspflicht .....	142
a) Arten der Aufklärung .....	143
aa) Selbstbestimmungsaufklärung .....	144
(1) Diagnoseaufklärung .....	144
(2) Verlaufsaufklärung .....	145
(3) Risikoaufklärung .....	146
bb) Sicherungsaufklärung (therapeutische Aufklärung) .....	147
b) Durchführung und Umfang der Aufklärung .....	147
aa) Aufklärungsumfang bei fehlender Indikation und bei fehlender Dringlichkeit .....	149
(1) Fehlende Indikation .....	149
(2) Fehlende Dringlichkeit .....	150
bb) Der Aufklärungsverzicht .....	151
c) Aufklärungspflichten eines Nicht-Arztes .....	152
5. Fehlende Sittenwidrigkeit i. S. d. § 228 StGB .....	154
a) Der Sittenverstoß i. S. d. § 228 StGB .....	155
b) Die nicht kunstgerecht durchgeführte Beschneidung .....	156
c) Exkurs: Genitalverstümmelung von Mädchen bzw. Frauen .....	157
6. Formale Voraussetzungen und subjektive Seite der Einwilligung .....	158
<b>E. Die stellvertretende Einwilligung in die religiös motivierte Knaben-</b> <b>beschneidung</b> .....	160
I. Grundlagen .....	160
1. Zugrunde liegende Fallkonstellationen .....	160
2. Die stellvertretende Einwilligung auf Grundlage des liberalen Rechts-	
guts- und Einwilligungsmodells .....	161
a) Das Bedürfnis des einwilligungsunfähigen Minderjährigen nach	
körperbezogener Selbstverwirklichung .....	161
b) Vergleich zur Einwilligung im klassischen Sinne .....	163
c) Konsequenzen für Systematik und Funktionen der stellvertretenden	
Einwilligung .....	165
II. Der verfassungsrechtliche Hintergrund der elterlichen stellvertretenden	
Einwilligung .....	166

1. Verfassungsrechtliche Prägung der elterlichen stellvertretenden Einwilligung .....	166
2. Das elterliche Erziehungsrecht des Art. 6 II GG .....	169
a) Der grundrechtliche Schutz von Familie und Erziehung .....	169
aa) Art. 6 II 1 GG: Elternrecht und Elternpflicht .....	169
bb) Das Kindeswohl als Leitprinzip der elterlichen Erziehung ....	171
b) Das staatliche Eingreifen in die elterliche Erziehung .....	172
aa) Art. 6 II 2 GG: Das staatliche Wächteramt .....	172
bb) Das Kindeswohl als Leitprinzip des staatlichen Eingreifens ...	172
cc) Verhältnismäßigkeit des staatlichen Eingreifens .....	173
c) Verhältnis von elterlichem Erziehungsrecht und staatlichem Wächteramt .....	173
3. Die Garantie des Art. 4 I, II GG bei religiös motivierten Entscheidungen .....	175
a) Der Schutz der Glaubensfreiheit in Art. 4 I, II GG .....	175
aa) Der Schutzzumfang in positiver Hinsicht .....	175
bb) Der Schutzzumfang in negativer Hinsicht .....	176
b) Das Verhältnis von Art. 4 I, II GG zu Art. 6 II GG .....	177
4. Die einfachrechtliche elterliche Sorge in Abgrenzung zum verfassungsrechtlichen elterlichen Erziehungsrecht .....	177
5. Einordnung der elterlichen stellvertretenden Einwilligung in die Knabenbeschneidung in den verfassungsrechtlichen Hintergrund .....	179
a) Die elterliche stellvertretende Einwilligung im Schutzbereich des Art. 6 II 1 GG (i.V.m. Art. 4, I, II GG) .....	179
b) Das Kindeswohl als Grenze der elterlichen stellvertretenden Einwilligung .....	180
III. Das Kindeswohl als entscheidender Maßstab der elterlichen Dispositionsbefugnis .....	181
1. Der Zusammenhang zwischen Kindeswohldefinition und Reichweite der elterlichen Dispositionsbefugnis .....	182
2. Modelle zur Kindeswohlbestimmung .....	184
a) Ansätze auf Grundlage des Modells der abstrakten Kindeswohlbestimmung .....	184
aa) Der Ansatz von Putzke .....	184
bb) Der Ansatz von Herzberg .....	185
cc) Der Ansatz von Schramm .....	187
dd) Der Ansatz von Jerouschek .....	188
ee) Weitere Ansätze .....	188
b) Ansätze auf Grundlage des Modells der individuellen Kindeswohlbestimmung .....	189
aa) Der Ansatz von Fateh-Moghadam .....	190
bb) Der Ansatz von Valerius .....	191

cc) Der Ansatz von Exner .....	192
dd) Die Ansätze von Schwarz und Zähle .....	193
ee) Weitere Ansätze .....	194
c) Ansätze auf Grundlage beider Modelle .....	195
d) Das LG Köln vom 07.05.2012 .....	195
3. Die unterschiedlichen Modelle zur Kindeswohlbestimmung vor dem verfassungsrechtlichen Hintergrund .....	196
a) Das Modell der abstrakten Kindeswohlbestimmung .....	197
b) Das Modell der individuellen Kindeswohlbestimmung .....	199
aa) Das staatliche Wächteramt im Hinblick auf das Modell der individuellen Kindeswohlbestimmung .....	199
bb) Die Entwicklung des Kindes zu einer eigenverantwortlichen Persönlichkeit .....	200
cc) Der Vorrang der Elternverantwortung .....	201
4. Das Modell der individuellen Kindeswohlbestimmung als Grundlage einer angemessenen Wahrnehmung der Selbstbestimmung des Kindes .....	202
5. Ergebnis: Das Modell der individuellen Kindeswohlbestimmung als Grundlage der elterlichen Dispositionsbefugnis .....	203
IV. Die Grenzen der elterlichen Dispositionsbefugnis zur stellvertretenden Einwilligung in die religiös motivierte Knabenbeschneidung .....	203
1. Grundsätze zur Konkretisierung des Kindeswohls als Schranke der elterlichen Dispositionsbefugnis .....	204
a) Untauglichkeit der dogmatischen Grundlage der Fremdbestimmung .....	204
b) Untauglichkeit der Grenzen der Einwilligung im klassischen Sinne .....	205
c) Besondere Dogmatik der elterlichen stellvertretenden Einwilligung .....	206
2. Die Grundrechte des Kindes als Konkretisierung des Kindeswohls ....	207
a) Die Religionsfreiheit und das Selbstbestimmungsrecht als Konkre- tisierung des Kindeswohls? .....	208
b) Die körperliche Unversehrtheit als Konkretisierung des Kindes- wohls? .....	210
c) Die Menschenwürde als Konkretisierung des Kindeswohls .....	212
aa) Die absolute Grenze der Menschenwürde im Hinblick auf die Knabenbeschneidung .....	212
bb) Exkurs: Die absolute Grenze der Menschenwürde im Hinblick auf die Genitalverstümmelung .....	214
d) Ergebnis .....	214
3. Einfachgesetzliche Ausgestaltungen des elterlichen Erziehungsrechts als Konkretisierung des Kindeswohls .....	215
a) Die Konkretisierungen des Kindeswohls in speziellen Bereichen ...	215
aa) Der absolute Ausschluss der elterlichen Dispositionsbefugnis ..	215
bb) Konkretisierung des Kindeswohls durch das Recht des Kindes auf gewaltfreie Erziehung aus § 1631 II BGB .....	216

	(1) § 1631 II 1 BGB im Hinblick auf die Knabenbeschneidung	217
	(2) § 1631 II 2 BGB im Hinblick auf die Knabenbeschneidung	217
	(3) Exkurs: § 1631 II BGB im Hinblick auf die Genitalverstümmelung	221
	b) Die allgemeinen Konkretisierungen des Kindeswohls	221
	aa) Konkretisierung durch § 171 StGB	221
	(1) § 171 StGB im Hinblick auf die Knabenbeschneidung	222
	(2) Exkurs: § 171 StGB im Hinblick auf die Genitalverstümmelung	222
	bb) Konkretisierung durch § 1666 I BGB	223
V.	Die Schranke der Kindeswohlgefährdung	223
	1. Die Kindeswohlgefährdung als Risiko-Nutzen-Abwägung	225
	a) Unmöglichkeit der Beurteilung der Kindeswohlgefährdung anhand einzelner Kriterien	225
	b) Die Problematik von Abwägungsentscheidungen	229
	2. Der Maßstab der Risiko-Nutzen-Abwägung	230
	3. Die Kriterien der Risiko-Nutzen-Abwägung	232
	a) Risiken und Nachteile des Eingriffs (negative Seite)	233
	aa) Risiken und Nachteile in medizinischer Hinsicht	233
	bb) Weitere Risiken und Nachteile: Rationale Begründbarkeit	234
	b) Nutzen und Vorteile des Eingriffs (positive Seite)	234
	aa) Nutzen und Vorteile in medizinischer Hinsicht	234
	bb) Weitere Nutzen und Vorteile	235
	(1) Religiöse Vorteile: Vertretbarkeit	235
	(2) Weitere vertretbare Vorteile	237
	c) Der Kindeswohlbezug von Risiken und Nutzen der einzustellenden Kriterien	237
	aa) Der Kindeswohlbezug der Vorteile	237
	bb) Der Kindeswohlbezug der Nachteile	238
	cc) Vor- und Nachteile Dritte betreffend	239
	d) Der Kindeswille als einzustellendes Kriterium	239
	aa) Die Notwendigkeit der Berücksichtigung der wachsenden Selbstbestimmungsfähigkeit des Minderjährigen i. R. d. stellvertretenden Einwilligung	240
	bb) Der Kindeswille als Vor- bzw. Nachteil i. R. d. Risiko-Nutzen-Abwägung	241
	4. Die Risiko-Nutzen-Abwägung im Hinblick auf die religiös motivierte Beschneidung beim überhaupt nicht zur Selbstbestimmung fähigen Minderjährigen	243
	a) Die von einem Arzt kunstgerecht und unter hygienischen Bedingungen durchgeführte Zirkumzision	243
	aa) Die mit der Zirkumzision verbundenen Risiken	243



bb) Der mit der Zirkumzision verbundene Nutzen .....	243
cc) Der Kindeswille .....	247
dd) Abwägung von Risiken und Nutzen .....	247
b) Die traditionelle sowie die nicht kunstgerecht durchgeführte Beschneidung .....	247
c) Exkurs: Die Grenze der Kindeswohlgefährdung im Hinblick auf die Genitalverstümmelung .....	250
5. Die Risiko-Nutzen-Abwägung im Hinblick auf die religiös motivierte Beschneidung beim teilweise zur Selbstbestimmung fähigen Minderjährigen .....	250
a) Der dem Eingriff entgegenstehende Kindeswille .....	250
aa) Vetorechte des einwilligungsunfähigen Minderjährigen gegen die elterliche stellvertretende Einwilligung? .....	251
(1) Vetofähigkeit als feste Größe? .....	251
(2) Vetoberechtigung als feste Größe? .....	254
(3) Mögliche rechtliche Grundlagen von Vetorechten einwilligungsunfähiger Minderjähriger .....	255
(a) Geschriebene und ungeschriebene Vetorechte in speziellen Bereichen .....	255
(b) Die Regelung des § 1626 II BGB .....	256
(4) Der Maßstab der Kindeswohlgefährdung als angemessene Berücksichtigung des Kindeswillens .....	258
bb) Die Risiko-Nutzen-Abwägung bei entgegenstehendem Kindeswillen .....	259
(1) Berücksichtigung der Teilfähigkeiten des Minderjährigen zur körperbezogenen Selbstbestimmung .....	259
(2) Berücksichtigung der (Teil-)Fähigkeiten des Minderjährigen zur religiösen Selbstbestimmung .....	260
(a) Die Regelung des § 5 S. 1 KERzG .....	260
(b) Die Regelung des § 5 S. 2 KERzG .....	262
cc) Ergebnis .....	263
b) Der den Eingriff befürwortende Kindeswille .....	265
aa) Die von einer kompetenten Person kunstgerecht durchgeführte Beschneidung .....	265
bb) Andere Fallkonstellationen der Beschneidung .....	266
6. Ergebnis .....	268
VI. Weitere Voraussetzungen der stellvertretenden Einwilligung .....	268
1. Einwilligungsfähigkeit der Eltern .....	269
2. Gemeinsame Einwilligung beider Elternteile .....	270
3. Freiwilligkeit der stellvertretenden Einwilligung .....	272
4. Die ärztliche Aufklärungspflicht .....	274
a) Aufklärungspflicht gegenüber den Eltern .....	274

aa) Die Eltern als Aufklärungsadressaten .....	274
bb) Die Aufklärungsarten .....	275
cc) Durchführung und Umfang der Aufklärung .....	276
(1) Die am Kindeswohl orientierte Aufklärung .....	276
(2) Keine Beschränkung des Aufklärungsumfangs .....	277
dd) Aufklärung durch einen Nicht-Arzt .....	278
b) Aufklärungspflicht gegenüber dem nicht einwilligungsfähigen Minderjährigen .....	280
aa) Aufklärung durch den eingreifenden Arzt .....	280
(1) Therapeutische Aufklärung .....	280
(2) Selbstbestimmungsaufklärung .....	281
(a) Grundlage der Aufklärungspflicht gegenüber dem nicht einwilligungsfähigen Minderjährigen .....	281
(b) Gestaltung und Umfang der Aufklärung .....	282
bb) Aufklärung durch einen eingreifenden Nicht-Arzt .....	282
cc) Informations- und Besprechungspflicht seitens der Eltern .....	283
dd) Rechtsfolgen bei fehlender Aufklärung .....	283
5. Formale Voraussetzungen und subjektive Seite der stellvertretenden Einwilligung .....	284
VII. Das Urteil des LG Köln vor dem Hintergrund dieser Ergebnisse .....	285
VIII. Der neue § 1631d BGB vor dem Hintergrund dieser Ergebnisse .....	287
1. Anmerkungen zu § 1631d I 1 BGB .....	287
2. Anmerkungen zu § 1631d I 2 BGB .....	291
3. Anmerkungen zu § 1631d II BGB .....	294
4. Ergebnis .....	296
<b>F. Fazit</b> .....	297
I. Die Ergebnisse im Überblick .....	297
1. Zum tatsächlichen Hintergrund der religiös motivierten Knabenbeschneidung .....	297
2. Zur rechtlichen Relevanz der religiös motivierten Knabenbeschneidung .....	297
3. Zur Einwilligung in die religiös motivierte Knabenbeschneidung .....	298
4. Zur elterlichen stellvertretenden Einwilligung in die religiös motivierte Knabenbeschneidung .....	299
II. Ausblick .....	304
<b>Literaturverzeichnis</b> .....	305
<b>Sachwortverzeichnis</b> .....	325